

# Dresdner Volkszeitung

Hauptkontos: Dresden.  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontos: C. K. K. Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Nordstadt und Dresden-Südstadt

Zeitungsspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6000,- M., durch die Post bezogen monatlich 6000,- M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1700,- M., Einzelnummer 200,- M., Sonnabendnummer 300,- M.  
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 13 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Schäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die gespaltene Nonpareilzeile 400,- M., auswärts 500,- M., die gespaltene Nonpareilzeile 1600,- M., auswärts 1800,- M., Westland 2400 u. 7600 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Dreifachdruck 150 M.

Nr. 92

Dresden, Freitag den 20. April 1923

34. Jahrg.

## Sieg der Devisen-Patrioten

Westen ist der Dollar weiter emporgeklettert und hat die 30.000-Mark-Grenze überschritten. Von gewissen Kreisen, die ein Interesse an dem Emporkommen des Dollars haben, wird ein ganz unerhörtes Spiel mit dem Schicksal des deutschen Volkes getrieben. Eine mehr oder minder große Zahl von Devisenpatrioten hat sich vereinigt, um die von der Reichsbank begonnene Markstützungsfaktion zum Heil des eigenen Geldburses zu unterbrechen. Die Rolle, die die Reichsbank dabei spielt, ist bisher keineswegs klar. Es wird versichert, daß die Reichsbank stark genug wäre, um die Stützungsfaktion durchzuhalten. Man sei nur zu einer „beweglicheren Taktik“ übergegangen. Man will, so heißt es in der Presse, warten, bis die Verkäufer ihre Kräfte erschöpft haben und dann werde die Reichsbank wieder eingreifen.

Man wird so sehen, was bei dieser beweglichen Taktik der Reichsbank herauskommt. Wir fürchten sehr, daß der Dollarkurs, wenn überhaupt wieder eine Stabilisierung gelingt, höher bleiben wird als bisher, und so wird für die Leute, die so dringend ein Steigen des Dollars gewünscht haben, der Zweck der Übung erreicht sein. Sie werden von den Geldverlegenden, in denen sie sich infolge des Volatilitätskurzes befanden, befreit sein und werden große Konjunkturgewinne einfahren. Die Arbeiter und Angestellten werden aber weichen- und monatelang zu kämpfen haben, ehe sie mit ihren Löhnen und Gehältern den Preisvorsprung eingeholt haben. Wenn wirklich die Reichsbank der Devisenspekulation entgegenzutreten will, wäre es da nicht das wirksamste Mittel gewesen, den Kurs des Dollars zu halten? Dann hätten die Spekulantengelenken, daß ihnen das Devisenhandeln nichts nützt. Die Dollarhaufen zu verkaufen, sie wirken also wie eine Prämie für die Devisenspekulanten.

Im Reichstag richtete gestern Genosse Herz ebenso scharfe wie berechtigte Angriffe gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und gegen die Reichsbank. Über auch von bürgerlicher Seite hat es an entriesteten Worten über unfre Devisenpolitik nicht gefehlt. Der Reichswirtschaftsminister Becker erklärte, daß kein Wort scharf genug sei gegen das Treiben derjenigen, die jetzt diesen Einbruch in die Politik der Reichsbank verurteilen haben, und der Zentrumsgewählte Esser wies auf den Mißerfolg der Dollaranleihe hin. Der Mißerfolg dieser Anleihe hat freilich zur Genüge gezeigt, wie wenig die Großkapitalisten bereit sind, an der Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mitzuwirken, weil sie gerade dann gute Geschäfte machen, wenn das Chaos in unserer Wirtschaft fort dauert.

Unendlich viele Artikel haben wir in den letzten Jahren in der bürgerlichen Presse gelesen, die angefüllt waren mit Klagen über die üblen Zustände, unter denen wir angezogen infolge der Revolution leiden. Aber wie haben es die Kreise getrieben, deren Interesse diese Klagen vertreten? Jeder Versuch, Ordnung in das wirtschaftliche Chaos zu bringen, ist bei ihnen auf Widerstand gestoßen. Von der Erschaffung der Sachwerte wollten sie nichts wissen. Für die von der Sozialdemokratie verlangten Maßnahmen zur Bekämpfung der Devisenspekulation sind sie lange Zeit ebenso wenig zu haben gewesen wie für eine zweckmäßige Wirtschaftspolitik, weil dadurch ihr Profit beschränkt wird. Im Februar, als die Dinge gar zu schlimm zu werden drohten, unternahm die Reichsbank auf Veranlassung der Regierung Cuno ihre Stützungsfaktion. Da hat man sich zunächst überall, wo es nur ging, mit allen Kräften gegen den Preisabsatz gestäubt, der durch eine Festigung der Mark herbeigeführt werden sollte. Die letzte Steuervorlage haben die bürgerlichen Parteien so abgeschwächt, daß die Besitzenden sehr profitieren werden. Als die Regierung die Dollaranleihe auflegte, behielten viele Kapitalisten ihre Devisen lieber in der Hand, ehe sie die von ihnen eignen Vertretern in der Regierung eingeleitete Markstützungsfaktion unterstützten, und jetzt nun dieser so gut gelungene Ansturm gegen die Stützung der Mark.

Wir Sozialdemokraten sind uns nie darüber im unklaren gewesen, wie wenig bei den Kapitalisten auf all die schönen Redensarten von Patriotismus usw. zu geben ist. Wir haben nie erwartet, daß die Kapitalisten freiwillig Opfer für die Gesamtheit bringen. Aber was ist das für eine widerliche Seufzerei, wenn die politischen Klopffischer des Kapitals immer wieder in ein lautes Enttäuschungsgeheul ausbrechen, sowie ein Sozialdemokrat, wie das der Genosse Heigener im Landtage getan hat, die Dinge beim richtigen Namen nennt. Die Kampfweise der kapitalistischen Politiker kann freilich nicht anders als innerlich unehrlich sein, mag auch der einzelne Politiker selbst guten Glaubens sein. Die ganze kapitalistische Wirtschaft steht so im Widerspruch mit den sittlichen Grundsätzen, die die Vertreter der bestehenden Gesellschaftsordnung in Wort und Schrift vertreten, daß der Widerspruch zwischen Lehre und Wirklichkeit immer wieder hervortreten muß. Deshalb kann es auch der Arbeiterklasse so gleichgültig sein, wenn bürgerliche Zeitungen und Politiker Sozialdemokraten Mangel an Patriotismus vorwerfen. Die Herren aus dem kapitalistischen Lager sind nicht geeignet, uns Lehren zu erteilen.

Die Reichsregierung hat jetzt hoch und heilig versprochen, daß sie alles tun wird, um die Markstützungsfaktion fortzuführen. Ob sie das Versprechen halten kann, wird man sehen. Wie so oft wird jetzt davon geredet, daß eine weit-

gehende Einschränkung der Einfuhr stattfinden soll. Wie notwendig eine Einschränkung der Einfuhr ist, haben wir oft genug auseinandergelegt, so daß wir darüber kein Wort zu verlieren brauchen. Aber zu den Verheißungen der Regierung können wir nur sagen: Die Volkshörner hören wir wohl, aber uns fehlt so lange der Glaube, bis wir die Taten der Regierung sehen haben. Wenn auch der Herr Becker jetzt scharfe Worte gegen die Devisenspekulation im Reichstag gebraucht, so wird daran nichts geändert, daß sowohl er als auch der Reichsfinanzler Cuno ausgesprochene Vertrauensleute des Kapitals sind. Und deshalb kann man von diesen Leuten keine Politik erwarten, die den Kapitalmagnaten von der Großindustrie unangenehm ist.

### Die Sozialdemokratie für die Stützungsfaktion

- Anlässlich der Beratung des Wirtschaftsetats hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Genossen Dr. Herz folgende Forderungen zur Markstützung erhoben:
1. Aufrechterhaltung der Stützungsfaktion auf der vor dem Einbruch erreichten Höhe.
  2. Ausbesserung der Devisenverordnung, und zwar:
    - a) durch Verbot des Kaufes ausländischer Effekten;
    - b) Unterstellung der Banken unter die Kontrolle, die die Devisenverordnung für jeden anderen Kaufmann vorsieht;
    - c) Anmeldepflicht für Devisenbestände.
  3. Fortsetzung der rein spekulativen Gelbauung für Devisen durch:
    - a) scharfe Kreditbeschränkung;
    - b) durch scharfe Einschränkung des Reichsbankdiskonts;
    - c) durch Gewährung von Krediten nur gegen Uebernahme des Ausdrucks durch die Reichsbanknehmer. Vereinfachung mit der Reichsbank, größere Kredit nur auf Verlangen gegen Guthaben zu geben. Nachteile für alle Reichskredite.
  4. Wirtschaftspolitische Maßnahmen:
    - a) Einschränkung der Luxus-einfuhr;
    - b) bei weiterem Steigen des hohen Dollarurses Herabsetzung der Ausfuhrabgaben auf die Höhe vor dem 1. Januar, Wiedereinführung der Rohsteuer, falls der Freilassbau nicht vorgenommen wird;
    - c) Wiedereinführung der Freilassen für die Ausfuhr.
  5. Ordnung der Finanzen des Reiches durch scharfe Erfassung des Besitzes.

### Die Maßnahmen der Regierung

Berlin, 19. April. Der Reichskanzler hatte im Laufe des heutigen Tages Besprechungen mit den Führern aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, über die Stützungsfaktion. Er machte Mitteilung darüber, was bisher zur Stützung der Mark von der Regierung geschehen ist und was sie weiter zu tun gedenkt, und nahm Anregungen der Parteiführer entgegen. Es ergab sich in diesen Besprechungen volle Uebereinstimmung.

Berlin, 20. April. Als Ergebnis der gestrigen Besprechungen des Reichskabinetts mit führenden Berliner Parteiführern teilte das R. L. mit, daß die Reichsregierung

von der Einrichtung einer Devisenzentrale absieht, wegen der schlechten Erfahrungen, die man in Wien und Budapest mit solchen Einrichtungen gemacht hat. Auf die Nichtanmeldung von Devisenbesitz sollen hohe Strafen gesetzt werden. Die Bankiers stellen der Reichsregierung ihre Mitwirkung bei den Maßnahmen zur Stützung der Mark in vollem Umfange zur Verfügung. Nach einer weiteren Information des Volkes soll die Reichsregierung im Notfall bereit sein, gewisse Mengen ihres Goldbestandes für die Stützung der Mark zu verwenden.

### Bürgerliche Arbeiterfeindschaft

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben: Im Haushaltsausschuß des Reichstages steht zur Zeit der Etat des Reichsarbeitsministeriums zur Beratung. Untere Genossen nahmen auf Grund zahlreicher ihnen zugegangener Mitteilungen aus dem alt- und neubegebenen Gebiet über ausgeübte Entlassungen von Arbeitern und Angestellten die Gelegenheit wahr, um sich dieser im Kampfe stehenden Arbeiterfeindschaft, die dadurch nicht nur ihres Arbeitsplatzes, sondern auch jeder Sicherung ihrer Existenz für die Zukunft beraubt sind, anzunehmen, und beantragte, die Reichsregierung zu ersuchen, umgehend dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das den seit Beginn der Ruhebesetzung im neu- und altbegebenen Gebiet entlassenen Arbeitern und Angestellten das Recht auf Wiedereinstellung und Weiterbeschäftigung in allen nicht vollkommen billigen Fällen gewährt wird. Weitere Kündigungen und Entlassungen sollen während der Dauer der Ruheaktion nicht ausgesprochen werden dürfen.

Zur Begründung dieses Antrags wurde von unsern Genossen darauf hingewiesen, daß das Reich für die Opfer der Entlassungen aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erhebliche Summen aufbringen müsse, daß dieselben Mittel aber im Wege der Lohnsicherung dafür verwendet werden könnten, den Arbeitnehmern ihren Arbeitsplatz zu sichern und sie im Betrieb zu halten. Wenn man den Unternehmern auf dem Wege der Lohnsicherung und Kostensparnissen entgegenkomme, dann haben die kämpfenden Arbeiter und Angestellten zum mindesten einen ähnlichen Anspruch auf Schutz. Die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen sprachen sich wohl für die Tendenz des Antrags aus, brachten aber schließlich einen Gegenantrag ein, der lediglich den Entlassenen ein Vorkaufsrecht auf Wiedereinstellung gewährleisten wollte. Damit wäre aber nicht nur den weiteren Entlassungen nicht vorgebeugt, sondern auch den Unternehmern ungehindert die Möglichkeit gegeben, unliebsame Arbeiter und Angestellte auf dem Wege über die Ruheaktion loszuwerden. Mit sämtlichen bürgerlichen Stimmen wurde der sozialistische Antrag daraufhin abgelehnt und der bürgerliche Antrag angenommen. Damit haben die bürgerlichen Parteien bewiesen, daß ihre Freundschaftsbefindungen für die kämpfenden Arbeiter nur leere Phrasen sind, und daß sie in dem Augenblick verlogen, in dem aus Worten Taten werden sollen.

## Die Arbeitslosenkonflikte im Westen

Essen, 19. April. (Fig. Drahtber.) Die Mittwoch-Demonstration der Rotstandarbeiter und Erwerbslosen in Mülheim an der Ruhr hat bis spät in die Nacht hinein fortgedauert. Am Donnerstag früh sind drei Waffengeschäfte geplündert worden; die Demonstranten konnten sich zum Teil mit Waffen versehen. Die Stadt wird durchstreift. Man sucht nach den Kriminalpolizisten, die am gestrigen Tage geschossen haben sollen. Automobils, Fuhrwerke und Straßenzüge werden angehalten. Die Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenzugverkehr ist vollständig eingestellt.

In Essen fand am Donnerstag früh ebenfalls eine Demonstration statt, die in einer zum Mittwoch ebenfalls eine Demonstration einberufenen Versammlung beschlossen worden war. Auch hier zeigte sich wieder, daß sich unter den Demonstranten ein großer Teil unruhiger Elemente befand. In dieser Versammlung wurde u. a. auch beschlossen, das Rathaus, das Arbeitsamt und das Polizeihaus zu beschießen, falls diese Maßnahmen nicht Erfolg brächten. Es wurde den Demonstranten empfohlen, sich mit Baumstämmen und Steinen für den Angriff zu bewaffnen. Sollte die Aktion nicht gelingen, dann war beabsichtigt, sich mit Baumstämmen und Steinen an den Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen. Die Hauptforderungen der Rotstandarbeiter sind: eine einmalige Ausgleichezulage von 100.000 M. für Verheiratete, und für Ledige von 100.000 M.; für die Arbeitslosen eine Unterstützung von 10.000 M. pro Tag, außerdem für die Frau 1000 M. und für jedes Kind 500 M. Zulage. Die Entlohnung der Rotstandarbeitern erfolgt nach dem Tarif der Verheirateten, die Städtevereinigungen im Ruhrgebiet hat jedoch beschlossen, den Rotstandarbeitern eine soziale Zulage zu gewähren, die für verheiratete Arbeiter ohne Kinder 4000 M., mit einem Kind 5000 M., mit zwei Kindern 6000 M. und mit drei und mehr Kindern 7000 M. wesentlich betragen soll. Mit dieser Unterstützung erhalten die Rotstandarbeiter höhere Löhne, als die in Arbeit befindlichen Bauarbeiter.

Die Stadtverwaltung in Essen hat im Einverständnis mit den Arbeiterorganisationen Maßnahmen getroffen, um das Rathaus zu schützen. Als die Demonstranten am Donnerstag um dieses Gebäude aus der Stadt erfuhren, versammelten sie sich in einem größeren Lokal. Es fanden Verhandlungen mit der Stadtverwaltung statt, und heute abend soll eine Kommission nach Berlin zum Arbeitsminister fahren, um dort weiter über die Angelegenheit zu verhandeln. Die Führer der Demonstrationen, die sich aus kommunistischen und sozialistischen Elementen zusammensetzten, waren nicht mehr in der Lage, in der Versammlung die Massen zusammenzubringen. Sie wandten sich an die Stadtvorstände, Genossen Scheinböckel und den Gewerkschaftssekretär Meiler, und verlangten von ihnen, daß sie sofort mit in die Versammlung gehen sollten, um die Massen zu beruhigen. Beide Genossen lehnten dies jedoch ab und erklärten, daß sie nicht dafür haften, die von den Kommunisten und Sozialisten aufgewiegeln Massen zu beruhigen.

Eine von den Sozialisten in Mülheim gestern abend einberufene Versammlung hat beschlossen, einen 24stündigen Generalstreik auszuführen. Weitere Forderungen sind: 1. Sofortige Freilassung der Gefangenen. 2. Sofortige Bildung eines proletarischen Ordnungsdienstes durch alle Arbeiterorganisationen. 3. Sofortige Entlohnung des bürgerlichen Selbstschutzes. 4. Sofortige Entschädigung aller Verwundeten und Hinterbliebenen durch die Städte Mülheim in voller Lohnhöhe, nebst freier ärztlicher Behandlung. 5. Sofortige Erfüllung der Forderungen der Arbeitslosen und Rotstandarbeiter.

Für den 21. April ist von den Kommunisten eine Erwerbslosenkonferenz nach Datteln einberufen worden. Die Konferenz soll allgemeine Forderungen und Richtlinien aufstellen. Diese erschütternden Vorgänge und Kämpfe deuten darauf hin, daß der Abwehrkampf im Ruhrgebiet vor der schwersten Krise steht. Wenn nicht schnellst den Erwerbslosen genügend Hilfe wird und die gesamte Abwehraktion auf alle dringenden Notwendigkeiten eingestellt wird, so droht das Chaos. Ede man die Verurteilung der Elemente ausdrückt, die jetzt unter dem Deckmantel sozialistischer und kommunistischer Bestrebungen die blutigen Kämpfe führen, muß man auch die jetzige Lage im Ruhrgebiet kennen und die Gesamtsituation berücksichtigen. Da scheint sich auch ein schwerer Schuldkonto der Regierung zu ergeben, die weder die notwendigen Maßnahmen richtig erkannte und traf, noch auch ihre Gesamtpolitik den dringenden Erfordernissen gemäß einstellte. Es muß jetzt schnellst eine andere Taktik befolgt werden, ehe die schwersten Gefahren drohen. Die Arbeiterklasse und Selbstschutzes hindurch muß läßt sich von hier aus nicht erkennen. Klar ist nur, daß wir schweren Tagen und folgenschweren Entscheidungen entgegenstehen.

Seite 8  
21 354 377 419  
752 783 78050  
939 972 90115  
36 603 672 087  
686 718 83012  
842 900 85019  
87125 291 419  
90 990 018 925  
90 578 409 432  
5 687 591 709  
1 273 454 454  
3 777 803 261  
15 479 746 873  
2 658 703 733  
2 457 673 818  
50 103163 499  
20653 008 142  
25 589 700 728  
78 943 109061  
2 761 784 889  
3 199 223 321  
29 914 114342  
8 501 843 891  
91 608 117098  
635 722 784  
690 171 856  
2209 883 491  
7 877 833 993  
9 988 129067  
656 787 915  
384 844 415